

# Koalition legt Forderungskatalog vor

SPD und BLN nicht bedingungslos zur Realisierung des Frachtzentrums im Nackenheimer „Unterfeld“ bereit

eml. NACKENHEIM — Kein bedingungsloses Ja und auch kein kategorisches Nein, sondern ein verhandlungstaktisches „Jein“ bekamen die Pressevertreter von den Koalitionspartnern SPD und „Bürgerliste Lebenswertes Nackenheim“ (BLN) zu hören, die mit einem neun Punkte umfassenden Forderungskatalog gestern im Nackenheimer Rathaus ihre gemeinsame Position zu der möglichen Ansiedlung eines Post-Fracht-Zentrums im „Unterfeld“ absteckten. Eine von beiden Seiten nachgeschobene schriftliche Kommentierung machte allerdings deutlich, daß sich die Mehrheitskoalition im Rat die neun „Essentials“ unter manchen Geburtswehen abgerungen hat. Schließlich galt es, einen rhetorischen Spagat zu vollführen, da in der Koalitionsvereinbarung noch die Rede davon ist, Gewerbeansiedlungen im „Unterfeld“ gänzlich zu entsagen.

So mochte auch BLN-Sprecher Axel Korn den Optimismus von Ortsbürgermeister Günter Ollig, dem Frachtzentrum stehe „im wesentlichen nichts mehr entgegen“, nicht so recht teilen: „Dem Projekt steht schon einiges entgegen“, stellte Korn für seine Partei, die sich von keiner Seite unter Druck setzen lassen will, klar. In dem vorgelegten Positionspapier sieht Korn die Bedingungen formuliert, die erfüllt sein müssen, damit der Schluß mit der Bundespost erfolgen kann. Dabei erachtet die Liste den Zeitplan der Post, Anfang 93 soll die Baugenehmigung auf dem Tisch liegen, als „unrealistisch“.

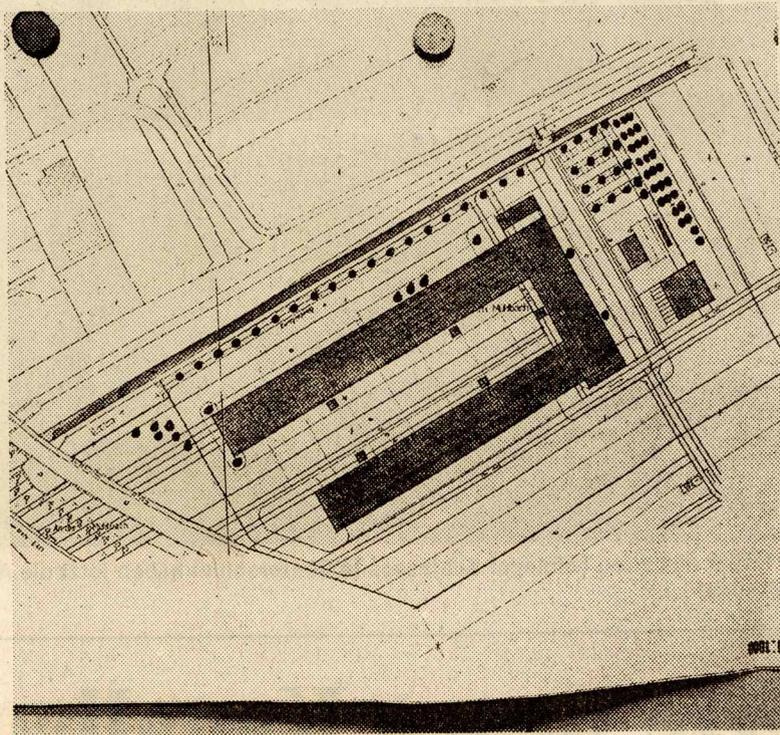
Die „Gewichtung“, die von der BLN den einzelnen Punkten gegeben wird, unterscheidet sich von derjenigen der SPD. Während SPD-Vorsitzender Michael Mogk — die kommunale und neuerlich auch landespolitische „soziale Verantwortung“ im Genick — die Bedeutung vor allem der entstehenden Teilzeitar-

beitsplätze in den Mittelpunkt rückt, interessieren die BLN eher die ökologischen Folgen des Projekts. SPD und BLN machen deshalb in ihrer Erklärung deutlich, daß zum einen die bau- und verkehrsrechtlichen sowie ökologischen „Voraussetzungen“ parallel mit der Umsetzung des Projektes „auf den Weg zu bringen

und als Gesamtpaket zu sehen sind“ und zum anderen die erforderlichen Ausgleichsmaßnahmen im Sinne des Landespflegegesetzes auf dem Nackenheimer Teil des „Unterfeldes“ zu liegen kommen. 90 Prozent des Geländes fällt auf Bodenheimer Gemarkung, während ein 40 Meter breiter Streifen parallel zur L 430 Nackenheimer Territorium tangiert.

Damit glaubt die BLN vor ihren Wählern das Gesicht wahren zu können, indem der langfristigen Sicherung von „97 Prozent“ des Nackenheimer „Unterfeldes“ als Naherholungsgebiet drei Prozent des Areals für eine Bebauung geopfert werden. Daran knüpft sich die Bedingung, daß „kein weiteres Gelände als Gewerbegebiet“ im Nackenheimer Unterfeld ausgewiesen wird, mit Ausnahme der für einen Gleisanschluß benötigten Fläche. Wichtiger Punkt für die SPD ist auch die planerische Abfederung des zu erwartenden Verkehrsaufkommens. Außer der Schiene spielt deshalb im Forderungskatalog die Realisierung einer Umgehungsstraße vom Zubringer zur B 9 in Richtung Harxheim/Mommenheim eine zentrale Rolle. Zur Bedingung macht die Koalition auch den Geländeerwerb durch die Gemeinde, weil Nackenheim mit dem Verkaufserlös die Ausgleichsmaßnahmen unterstützen will.

Beide Parteien möchten nun in der nächsten Ratssitzung zu einer gemeinsamen Linie aller Fraktionen finden. Zur besseren Koordination des Postvorhabens streben SPD und BLN auch eine „Projektgruppe“ aller beteiligten Behörden an.



In u-förmiger Bebauung parallel zur L 430 will die Post das Areal im „Unterfeld“ bei Bodenheim/Nackenheim für eines der 33 geplanten Frachtzentren nutzen.  
Bild: Volker Oehl

## Nebenbei bemerkt

### Gratwanderung

Von Erich Michael Lang

Die eigene Wahlaussage zugrunde gelegt, steht die BLN kurz vor ihrem kommunalpolitischen Sündenfall. Die Liste, die sich die Sicherung des gesamten „Unterfeldes“ für die Naherholung auf ihre Fahnen schrieb und die deshalb auch nach der Wahl nichts von einem möglichen Verbündeten namens CDU wissen wollte, mag sich zwar kurzfristig durch geschicktes Taktieren aus der Affäre ziehen, langfristig aber muß die BLN, was die Nutzung des Areals angeht, ein für allemal Farbe bekennen. Auch der Koalitionspartner SPD wird beim Eiertanz um die Zukunft des „Unterfeldes“ auf Dauer nicht einfach mehr gutmütig mithüpfen. Die Sozialdemokraten wissen, daß sich Nackenheim eine endlose Umweltdebatte nicht leisten kann; Verantwortung für eine klare Entscheidung ist gefordert.

Im jetzigen Verhandlungsstadium entspricht es noch der politischen Klugheit, mit einem Forderungskatalog den Ball an die Post zurückzuspielen. Ob der Geduldsfaden der Koblenzer Postler die nun eingeleitete Zerreißprobe heil übersteht, bleibt offen. Wenn überhaupt, dann hätte Nackenheim mit der Post gewiß ein seriöses und kompromißbereites Unternehmen gefunden, mit dem die Gratwanderung zwischen Ökologie und Ökonomie im „Unterfeld“ möglich scheint.